



Voegelin Zentrum
für Politik, Religion und Kultur
des Geschwister-Scholl-Instituts für Politikwissenschaft
an der Ludwig-Maximilians-Universität München

Cenk Alican

Wie viel Islam vertragen deutsche Kommunen? Eine Mikroanalyse von Moscheebaukonflikten in Bayern

ausgearbeitete Fassung des Vortrags vom Symposium

Europa – ein „christlicher“ Kontinent?
Das Verhältnis der politischen, kulturellen und religiösen
Dimensionen des europäischen Integrationsprojekts

am 19. Juni 2010

Wie viel Islam vertragen deutsche Kommunen? Eine Mikroanalyse von Moscheebaukonflikten in Bayern.

I. Einleitung

In seiner Ansprache zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2010 sagte Bundespräsident *Christian Wulff* vor dem Plenum des Deutschen Bundestags: „Aber der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland“¹. Schon Goethe habe vor 200 Jahren festgestellt: Orient und Okzident [seien] nicht mehr zu trennen.² *Wulff* ist damit nicht der erste hochrangige Politiker, der auf diese Weise ein Bekenntnis ausspricht mit dem er die rund vier Millionen Muslime³ in Deutschland als einen Teil der Gesellschaft anerkennt. Bereits im Vorfeld der 2006 durch die Bundesregierung einberufenen Deutschen Islamkonferenz (DIK) wies Bundesinnenminister *Dr. Wolfgang Schäuble* (CDU) auf diese Tatsache hin.⁴ Mit einem Bevölkerungsanteil zwischen 4,6 und 5,2 Prozent und einem 45-prozentigem Anteil der hiesigen Muslime mit einer deutschen Staatsbürgerschaft hat der kulturelle und religiöse Pluralismus – insbesondere mit der Zuwanderung von „Gastarbeitern“ aus muslimisch geprägten Ländern während 1960er und 70er Jahre – eine neue Dimension erhalten.

Die oftmals heftig ausgetragenen öffentlichen Debatten über den Stellenwert des Islams in der von Reformation und Aufklärung geprägten Tradition (West-) Europas haben in den letzten Jahren an Dynamik gewonnen, nicht zuletzt durch den Karikaturenstreit in Dänemark, die hetzerischen Anti-Islam-Parolen des niederländischen Rechtspopulisten *Geert Wilders* oder das durch Volksabstimmung konstitutionell manifestierte Minarettverbot in der Schweiz.

Der Zuwachs muslimischen Lebens im Alltag spiegelt sich unter anderem in einer sichtbaren Glaubenspraxis wieder. Im Münchener Klinikum Schwabing besteht seit einiger Zeit neben der katholischen und evangelischen Kapelle auch ein muslimischer Gebetsraum, die Bundesverbraucherzentrale gibt einen Einkaufsführer für Muslime heraus und in Worms wird ein muslimischer Friedhof eröffnet. Zu diesen Beispielen zählt zweifelsohne auch der Bau

¹ „Der Islam gehört zu Deutschland“, in: Focus vom 3. Oktober 2010, Online in Internet.

² Ebd.

³ Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) schätzt in seiner 2009 herausgegeben Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ die Zahl der Muslime zwischen 3,8 und 4,3 Millionen ein.

⁴ „Der Islam ist Teil Deutschlands“, in: Süddeutsche Zeitung vom 25. September 2006, Online im Internet.

von muslimischen Gebetsstätten und Moscheen in den Kommunen. Während sich christliche Kirchengemeinden über einen zunehmenden Abgang ihrer Mitglieder beschwerten, ihre Gotteshäuser sogar aufgeben oder anderen Religionsgemeinschaften zur Verfügung stellen⁵, können sich muslimische Verbände und Gemeinden kaum über schrumpfenden Mitgliederzahlen beschwerten. In den 1980er Jahren ging der libanesische Theologe und Orientalist *Adel Th. Khoury* davon aus, dass Muslime in Regionen, in welchen sie die Minderheit bilden, auch keine überdurchschnittlichen Gestaltungsansprüche auf die Gesellschaft oder den Staat stellen.⁶ Doch einige Jahrzehnte später schaut die Realität anders aus. Muslime wollen sich in Deutschland „heimisch“ fühlen und Gebrauch von ihren grundgesetzlich geschützten Rechten machen (Art. 4 Religionsfreiheit).

Die Zahl der muslimischen Gebetsstätten in Form erkennbarer Gebäude, aber auch versteckter „Hinterhofgaragen“ lag 2009 nach Schätzungen des Soziologen *Prof. Dr. Claus Leggewie* bei rund 2.600.⁷ Davon sind ca. 150 Bauten als klassische Moscheen mit Kuppel und Minarett zu erkennen und prägen das Bild ihres Standortes und der umgebenden Menschen. Während man vor zwei Jahrzehnten noch klagte, dass es keine „Prestige-Moscheen“ der Muslime gibt⁸, spiegeln die Moscheebaupläne von Köln-Ehrenfeld und anderen Kommunen mittlerweile die gesellschaftliche Realität wider. 2006 ging die Bundesregierung von mehr als 100 geplanten Moscheebauten aus, inzwischen sind es mehr als 200.⁹

Jedoch verlaufen nicht alle Moscheebauvorhaben friedlich. Die meisten Moscheekonflikte sind nicht nur reine Nachbarschaftauseinandersetzungen, sondern Anerkennungstraumata, die dadurch entstehen, „dass die Moscheen aus unscheinbaren und unansehnlichen Behelfsbauten in Hinterhöfen und Industriegebieten in zentrumsnahe und imposante Repräsentativbauten mit Kuppel und Minarett und von den kleinen und mittleren Gemeinden in die Großstadt [wandern]“¹⁰. Die so plötzliche und „unerwartete“ Präsenz der Muslime in der unmittelbaren Umgebung geht einher mit dem Versuch von Anwohnern, Politikern und anderen Lokalakteuren, den Bau von Moscheen zu stoppen und der Überfremdung des Lebensraums vorzubeugen. Oftmals sind es baurechtliche oder verkehrstechnische

⁵ Vgl. „Neue Synagoge in Kirche eröffnet“, in: NRD Online vom 25. Januar 2009, Online im Internet.

⁶ Vgl. Khoury e.a.: Islam und westliche Welt, Graz/Wien/Köln 1980, S. 11.

⁷ Vgl. Beinhauer-Köhler, Bärbel/Leggewie, Claus: Moscheen in Deutschland, München 2009, S. 117.

⁸ Vgl. Vöcking, Hans: Die Moschee. Ethnische Enklave, religiöses Refugium, Frankfurt a. M. 1984, S. 10.

⁹ Vgl. Deutscher Bundestag: Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Josef Philip Winkler u.a. und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Bundestags-Drucksache Nr. 16/2085 vom 29. Juni 2009, S. 9, Online im Internet; Vgl. Beinhauer-Köhler, Bärbel/ Leggewie, Claus: Moscheen in Deutschland, München 2009, S. 117.

¹⁰ Beinhauer-Köhler, Bärbel/Leggewie, Claus: Moscheen in Deutschland, München 2009, S. 117.

Hindernisse, die aufgeworfen werden. Immer häufiger kommt es aber vor, dass kulturelle und religiöse Bedenken nach dem Motto „Der Islam passt nicht in unsere abendländische Kultur“, vereint mit heftigen Demonstrationen unter der Leitung von Bürgerinitiativen und rechten Vereinigungen, öffentlich ausgetragen werden. Islamkritiker schrecken nicht davor zurück, Moscheen als „Zeichen von Frauenunterdrückung und politischem Hegemonialanspruch“¹¹ zu diffamieren. Ob eine Moschee gebaut wird und wie lange der Genehmigungsprozess dauert, hängt vom Zusammenspiel sozio-politischer, rechtlich-institutioneller sowie geographischer Faktoren ab.

Der vorliegende Aufsatz geht der Frage nach, unter welchen Bedingungen beim Bau von Moscheen Konflikte entstehen, bzw. solche vermieden werden können. Die Darstellung nimmt Bezug auf zwei Fallstudien aus dem Bundesland Bayern – Ingolstadt und München. Trotz vergleichbarer Voraussetzungen hat dort der Bauprozess zu unterschiedlichen Ergebnissen geführt: während in Ingolstadt ein (beinahe) reibungsloser Verlauf vermerkt und die *Kocatepe*-Moschee 2008 feierlich eröffnet wurde, hat der Bau einer Zentral-Moschee am Münchener Gotzinger-Platz hohe Wellen geschlagen, bis das Bauvorhaben wegen des öffentlichen Drucks und der Finanzierungsprobleme eingestellt werden musste. Dabei befinden sich beide Großstadtkommunen (mehr als 100.000 Einwohner) im gleichen Bundesland, der Bauherr ist eine dem Dachverband *Türkisch-Islamischen Union (DITIB)* untergeordnete Gemeinde und die ersten bürokratischen Schritte wurden in zeitlicher Nähe zu den Terroranschlägen des 11. September in den Vereinigten Staaten eingeleitet. Letztere Konstante ist ein einschneidendes Datum bei der öffentlichen Wahrnehmung des Islams durch die deutsche (Mehrheits-) Gesellschaft.¹²

Die Analyse der Fallstudien erfolgt durch die Betrachtung möglicher Erklärungsfaktoren:

- Die parteipolitische Zusammensetzung kommunaler Entscheidungsgremien und die Einbindung und der Dialog zwischen den Akteuren während der Baugenehmigungsphase.
- Der Einfluss der Medien und Presse auf die öffentliche Stimmung und Meinungsbildung.
- Der Zeitpunkt des Planungsbeginns und die Hürden der Genehmigungsphase.

¹¹ Weidner: „Früchte des Zorns – Können wir mit der Islamkritik noch umgehen?“, in: Süddeutsche Zeitung vom 13./14.2.2010.

¹² Laut einer Umfrage des Magazins *Stern* sahen in den Jahren 2004 und 2006 55 Prozent der Befragten Nicht-Muslime Muslime sowohl als eine Bereicherung, aber zugleich als eine Bedrohung an. 1995 lag diese Zahl noch bei 40 Prozent (Vgl. „Wieviel Rücksicht müssen wir nehmen?“, in: Der Stern vom 9. Februar 2006, S. 42).

- Die außerparlamentarische Unterstützung und Blockadeversuche.
- Der Zeitpunkt der Etablierung von kommunalen Integrationsinstrumenten.¹³
- Die demographische Struktur der Kommune und des Moscheestandorts.

II. Ingolstadt

Die parteipolitische Zusammensetzung und interner Dialog

Nach den Kommunalwahlen vom 3. März 2002 und zum Zeitpunkt des Bauantrags setzte sich der 50-sitzige Ingolstädter Stadtrat wie folgt zusammen: CSU: 26 Sitze; SPD: 12 Sitze; Bündnis 90/Die Grünen: 3 Sitze; Freie Wähler (FW): 6 Sitze; Die Republikaner (REP), ÖDP und FDP: je 1 Sitz.¹⁴ Oberbürgermeister ist Dr. Alfred Lehmann (CSU). Dass er und die CSU-Fraktion im Stadtrat in den Themenbereichen Multikulturalität und Zuwanderung der Parteilinie entweichen, wird mehrmals deutlich. Die Ingolstädter CSU-Stadträte sind das Symbol einer neuen Offenheit gegenüber Muslimen. *Nesrin Yilmaz*, Tochter einer türkischen Einwandererfamilie, sitzt für die Partei im Stadtrat und betreibt aktive Dialogarbeit. Die Stadtratsfraktion ist mehrheitlich für den Beitritt der Türkei in die EU.¹⁵

Unter dem vormaligen Oberbürgermeister *Peter Schnell* (CSU) und mit Hilfe von *Dr. Kemal Çobanoğlu* schließt die Stadt 1998 eine Partnerschaft mit der türkischen Ägäisstadt Manisa, deren Bürgermeister ebenso bei der Moscheeeröffnung anwesend ist. Offizielle Kontakte zwischen beiden Städten gibt es bereits seit den frühen 1990er Jahren durch die Schulpartnerschaft des örtlichen *Apian-Gymnasiums* mit dem *Gymnasium Manisa Lisesi*. Dadurch findet eine frühe Berührung mit der türkisch-islamischen Kultur statt, der Stadtrat und die Verwaltung stehen im engen Kontakt mit ihren türkischen Pendanten. Die einstimmige Bewilligung der Baugenehmigung verdeutlicht die Zustimmung der Stadtratsparteien für das

¹³ Da es sich bei Moscheebaukonflikten um kommunaltechnische Verwaltungsprozeduren handelt, stehen die integrationspolitischen Konzepte des Bundes nicht im Mittelpunkt und haben bei der Untersuchung der Fallstudien auch keinen bestimmenden Charakter. Lediglich ist hier zu erwähnen, dass mit der 2006 vom Bundesinnenministerium des Inneren initiierten *Islam-Konferenz-Reihe* und der Etablierung des *Amts der Beauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration* der Islam auch als politisches Thema auf Bundesebene verhandelt wurde. Die Islam-Konferenz richtete extra eine Arbeitsgruppe ein, die sich mit Moscheebaukonflikten beschäftigt hat und Empfehlungen für eine konfliktfreie Verwirklichung von Moscheebauprojekten aussprach (siehe dazu <http://www.deutsche-islam-konferenz.de>).

¹⁴ Vgl. Stadt Ingolstadt: Ergebnisse der Wahl des Stadtrats am 3.3.2002, Online im Internet.

¹⁵ „Ingolstädter CSU befürwortet EU-Beitritt der Türkei“, in: Donau Kurier vom 2. Januar 2008, Online im Internet.

Bauprojekt. Der einzige Republikaner im Gremium konnte keine Stadträte hinter sich versammeln und das Bauvorhaben verhindern.

Der Einfluss der Medien auf die öffentliche Stimmung

Aufgrund des ohnehin „stillen“ Verlaufs des Moscheebaus war auch das Echo in den Medien eher gering, bzw. „moscheefreundlich“. Darüber war der Vorstand der Moscheegemeinde erfreut und lobte die faire und unterstützende Berichterstattung.¹⁶ Die vorhandene Lokalpresse – hauptsächlich der *Donaukurier (DK)* – stellte sich dem Bauvorhaben äußerst positiv gegenüber. Sie rückt die erfolgreiche Integrationsleistung der Stadt in den Vordergrund. Zugleich veröffentlicht der DK im Dezember 2007 eine Studie über den hohen Ausländeranteil der Stadt, der je nach Differenzierung zwischen 20 und 35 Prozent liegt, und wies darauf hin, dass 53 Prozent der befragten Wahlberechtigten mit den städtischen Integrationsmaßnahmen zufrieden seien.¹⁷ Ob Ingolstadt jedoch eine zweite Moschee „vertragen“ würde, verneinten 66 Prozent, die meisten davon Nahestehende der CSU und der Freien Wähler, aber auch Wähler der Grünen.¹⁸ Über die kleine Protestgruppe am Rande der Moscheeeröffnung berichten die Zeitungen nur beiläufig oder lassen sie außer Betracht.

Der Zeitpunkt des Planungsbeginns und die Hürden der Genehmigungsphase

Die muslimische Gemeinde in Ingolstadt ist im Wesentlichen geprägt von den zahlreichen türkischen Gastarbeitern, die seit den 1960er und 1970er Jahren ihre berufliche Zuflucht in den Werken von *Audi* und *Esso* finden. In der Region um Ingolstadt leben heutzutage rund 15.000 Muslime.¹⁹ Mitte der 1980er Jahre schlossen sich die Gastarbeiter zu einer Gemeinde zusammen und nutzten zunächst die Arbeiterwohnheime von *Audi*, angemietete Räume und Fabrikhallen als Gebetsstätten. Doch sehr bald wurde deutlich, dass die ideologischen Auseinandersetzungen die Muslime spalten werden. Kurze Zeit später gründete sich im Mai 1987 die heute knapp 560 Mitglieder zählende *Türkisch-Islamische Gemeinde zu Ingolstadt (Kocatepe²⁰-Moschee)* und ließ sich 1994 am jetzigen Standort im Ingolstädter

¹⁶ Vgl. Interview mit Adnan Kemerli am 30. Mai 2009.

¹⁷ Vgl. Silvester, Christian: „Jeder zweite hält Ausländeranteil zu hoch“, in: *Donau Kurier* vom 29./30. Dezember 2007, S. 26.

¹⁸ Vgl. Ebd.

¹⁹ Vgl. „Wo Minarette niemanden stören“, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 2. November 2007, Online im Internet.

²⁰ Den Namen erhielt die Moschee, da sie am gleichen Tag wie die große *Kocatepe*-Moschee in Ankara eingeweiht wurde.

Industriegebiet, direkt neben dem städtischen Betriebshof, nieder. Während das Grundstück im Eigentum der Stadtwerke steht, gehören die Gebäude der Gemeinde. In den ersten Jahren gibt es Anfahrtsprobleme für die Moscheebesucher da, sie eine Umweg zurücklegen müssen, um an die Gebetsstätte zu gelangen. Erst 1998 wird eine Zufahrtsstraße, benannt nach der türkischen Partnerstadt *Manisa*, fertig gestellt.

Die ersten Bestrebungen zum vollständigen Erwerb des rund 5.000 Quadratmeter großen Grundstücks werden zwischen 1996 und 1998 angegangen. Man will die Räumlichkeiten aufgrund der wachsenden Zahl von Muslimen vergrößern und stellte einen Antrag auf Grundstückskauf. Zunächst schlugen die Stadtwerke das Angebot aus und zeigten großen Widerstand, doch nach Vermittlungsversuchen des langjährigen OB *Schnell*, der nach Kenneraussagen ein „Freund der Muslime“²¹ ist, wird das Grundstück durch die DITIB-Gemeinde erworben. Die ersten Grundideen für die Architektur und Nutzung einer neuen Moschee für Ingolstadts Muslime kamen um die Jahreswende 1999/2000 aus der Partnerstadt *Manisa*, man orientiert sich an dortigen Moscheearchitekturen. Die Pläne für den Rohentwurf schmiedeten der Bürgermeister der Partnerstadt (von Beruf Architekt) und der Augsburger Architekt *Hüsein Portakal*.²² Im Juli 2002 stellte die Gemeinde ihren ersten Antrag beim Bauordnungsamt. Im April 2003 erteilte der Stadtrat einstimmig die Baugenehmigung für das rund 2.800 Quadratmeter große „Kulturzentrum“, das neben Gebetsräumen für bis zu 800 Frauen und Männer, auch ein Restaurant, Vereinslokal, Bibliothek und Läden enthält.²³ Ein erster Vorbescheid des Bauamts vom Mai 2003 wurde revidiert und nach einigen Nachbesserungen im November 2003 erneut ausgestellt. Die ursprünglich geplanten 36 Meter hohen Minarette mussten gekürzt werden. Man einigte sich problemlos und kompromissbereit auf 27,5 Meter, die Moscheegemeinde kämpfte nicht um die Minarette und wollte sie nicht zwingend als symbolträchtigen Charakter der Moschee in der veranschlagten Höhe beibehalten.²⁴

Die Bauarbeiten verliefen zwischen 2005 und 2008 und wurden mit Hilfe und Fachkenntnis der Gemeindemitglieder und materieller Unterstützung aus der Türkei durchgeführt.²⁵ Die Gesamtkosten sollen sich auf knapp 5,5 Millionen Euro belaufen haben. Im Mai 2008 konnte dann das neue Gemeindehaus mit seinen sieben Kuppeln, gekrönt mit Halbmonden, eröffnet

²¹ Interview mit Kemal Çobanoğlu am 1. Juni 2009

²² Vgl. Scheuerer, Kurt: Materialsammlung zur Geschichte von Ingolstadt. Die Moschee von DIYANET in Ingolstadt, Online im Internet.

²³ Vgl. Bielicki, Jan: „Genossen gegen Genossen. Das ist eine Ohrfeige“, in: Süddeutsche Zeitung vom 16. November 2006, Online im Internet.

²⁴ Vgl. „Wo Minarette niemanden stören“, in: Süddeutsche Zeitung vom 2. November 2007, Online im Internet.

²⁵ So übernimmt beispielsweise die Putzarbeiten *İdris Yüksel*, Vorsitzender der Gemeinde zwischen 2006 und 2009. Ein wesentlicher Teil der Baumaterialien (Marmor, Fliesen, etc.) werden aus der Türkei geliefert.

werden. Eingeladen waren hochrangige Gäste aus der lokalen und überregionalen Politik, Kirchenvertreter, zivilgesellschaftliche Organisationen und Bürger, darunter auch rund 100 Deutsche. Vertreter der *Diyanet* und Koranglehrte kamen eigens aus Ankara angereist. Der türkische Generalkonsul *Ali Rifat Köksal* bezeichnete die Moschee als „Zeichen der Toleranz gegenüber anderen Kulturen“²⁶.

Bereits vor dem Antrag auf Baugenehmigung bei der Stadt, aber auch während der gesamten Bauphase war die Moscheegemeinde stets bemüht, ihr Vorhaben an Lokalpolitiker, Kirchen und Bürger zu vermitteln. Dazu bediente sich die DITIB einer „raffinierten“ Strategie, indem man einen Mittelsmann mit Brückenfunktion zwischen Stadt, Verwaltung und Gemeinde einsetzte. *Dr. Kemal Çobanoğlu* ist langjähriges Gemeindemitglied und zugleich Lehrbeauftragter an der städtischen Volkshochschule. Dort ist er zuständig für den Programmbereich *Christlich-Islamischer Dialog* und bietet Interessenten Führungen durch die Moscheeräumlichkeiten und informierte über den Islam und den aktuellen Stand der Bauarbeiten. Lehrer- und Schülergruppen, Bürger, Verwaltungsbeamte und (Kommunal-) Politiker nahmen diese Gelegenheit wahr und kamen sogar mehrmals. In der Gemeinde ist *Cobanoglu* ebenso zuständig für Öffentlichkeitsarbeit und profitiert hierbei von seinen guten deutschen Sprachkenntnissen, die die Kommunikation nach außen wesentlich vereinfachen. Bei periodisch stattfindenden Dialogtreffen mit Kirchengemeinden, die bereits weit vor dem Beginn der Bauvorhaben initiiert wurden, wurde auch das Moscheeprojekt angesprochen, vertrauensbildende Maßnahmen zwischen der Stadt und der Gemeinde trugen zum Erfolg bei. Die Stadtverwaltung, die Gemeinde und OB *Lehmann* (CSU) unterrichteten die Bürger an Informationstagen und in Stadtratsversammlungen über das Vorhaben. Auch Vertreter der Sicherheitsbehörden (Polizei Ingolstadt) besuchten die Moschee.

Die außerparlamentarische Unterstützung und Blockadeversuche

Aufgrund des oben bereits erwähnten engen Dialogs mit benachbarten Religionsgemeinschaften war die Unterstützung der Kirchen während der Bauphase fast vollständig gesichert. Die interreligiösen Gespräche mit Moscheevereinen besaßen in der Gemeinde *Sankt Johannes* eine langjährige Tradition und führten bei vielen

²⁶ „Neue Moschee als Begegnungsstätte für Deutsche und Türken“, in: Donau Kurier vom 18. Mai 2008, Online im Internet.

Gemeindemitgliedern zu Verständnis und Toleranz. Die *Sankt-Matthäus-Kirche* sprach den Moscheebau sogar während eines Gottesdienstes an und bat um Unterstützung.²⁷

Lediglich eine kleine Gruppe von knapp einem Dutzend Moscheebaugegnern demonstriert am Rande der Eröffnungsfeier. Drei Mitglieder der Ingolstädter Republikaner drückten ihren stillen Protest auf Transparenten aus und forderten einen Stopp der Islamisierung Ingolstadts durch den Bau einer neuen Moschee. Organisiert wurde die Protestveranstaltung von der Münchener Initiative *„Wir sind nicht korrekt“*, der Gruppe *„Christliche Mitte Ingolstadt“* und den Betreibern des Internetforums *„Deus vult caritatem“*, die gegen dschihadistischen Terror in der westlichen Zivilgesellschaft und gegen die islamische Unterwanderung derselben Widerstand leisten will.

Der Zeitpunkt der Etablierung von kommunalen Integrationsinstrumenten

2007 veröffentlicht die Stadt in einem praktischen Handbuch seine Integrationsleitlinien. Darüber hinaus gibt es einen Integrationsbeauftragten und einen Migrationsbeirat, dem im interreligiösen Dialog zwischen Muslimen, deutschen Bürgern und öffentlichen Amtsinhabern eine bedeutende Rolle zukam. Auch hier sind strategische Bindungen zwischen der Moschee und dem Migrationsbeirat vorhanden, denn einige Gemeindemitglieder sind zugleich im Migrationsbeirat vertreten, können hier zwischen den Akteuren vermitteln und den Dialog an die Bevölkerung weitergeben. So organisierte der Beirat im März 2008 eine Reise nach Istanbul, um am Beispiel dieser Weltstadt das Zusammenleben verschiedener Religionen kennenzulernen.²⁸ Teilnehmende waren der Bürgermeister, die Fraktionsvorsitzenden aus dem Stadtrat und Vertreter der Kirchen, Lokalpresse, Zivilvereine und Akademiker.

Die demographische Struktur der Kommune und des Moscheestandorts

Ingolstadt mit seinen rund 125.000 Einwohnern ist eine katholisch geprägte Kommune. Aufgeteilt in 18 Gemeinden und mit zwei Klöstern machen die Katholiken die Mehrheit der dortigen Bevölkerung aus. Jedoch dürfen auch die protestantischen und daneben einige orthodoxe Gemeinden nicht vernachlässigt werden. In der Stadt leben über 30.000 Zuwanderer aus mehr als 110 verschiedenen Nationen, die je zur Hälfte als Spätaussiedler

²⁷ Vgl. „Gottesdienst am Sonntag aus der evangelischen St.-Matthäus-Kirche“, in: Deutsche Welle World vom 15. März 2009, Online im Internet.

²⁸ Vgl. Interview mit Kemal Özer am 30. Mai 2009

oder Ausländer gekommen oder in Deutschland geboren sind.²⁹ Rund 30 Prozent der Ingolstädter Bürger sind nicht in Deutschland geboren.³⁰

Wie bereits erwähnt, befindet sich das Grundstück der Moschee in einem Gewerbegebiet nahe dem Nordbahnhof. In der direkten Umgebung gibt es keine Wohngebiete, die Moschee steht in der Peripherie. Einige hundert Meter weiter beginnt das *Piusviertel*, das in unmittelbarer Nähe zu *Audi* in den 1950er, 60er und 70er Jahren errichtet wurde. Das Gebiet umfasst heute ca. 5.800 Wohnungen, welche zur Hälfte aus Sozialwohnungen bestehen. 44 Prozent der rund 13.000 Einwohner sind Deutsche, 28 Prozent Aussiedler und 28 Prozent Ausländer.³¹ Der Anteil an Muslimen ist vergleichsweise hoch. Mit einem sozialen Stadtteilprojekt versuchte man in den letzten Jahren, die Qualität des Wohnens im *Piusviertel* zu verbessern. Die Förderung des Zusammenlebens ist ein wichtiges Ziel des Programms. Dazu gehört es, Nachbarschaften zu entwickeln, die Integration zu fördern, Orte als Treffpunkte zu schaffen, Konflikte abzubauen und das bürgerschaftliche Engagement zu unterstützen. Das Viertel soll baulich-gestalterisch aufgewertet und das Image verbessert werden.

III. München

Die parteipolitische Zusammensetzung und interner Dialog

Nach den Kommunalwahlen im März 2002 setzte sich der seit Langem „rot-grün“ geprägte 80-sitzige Stadtrat wie folgt zusammen: SPD: 35 Sitze; CSU: 30 Sitze; Grüne: 8 Sitze; FDP: 3 Sitze; PDS, Republikaner, Rosa Liste und ÖDP: je ein Sitz. In der rot-grünen Koalition wird *Christian Ude* (SPD) Oberbürgermeister. Durch *Johann Weinfurtnner*, dem Kandidaten der Republikaner, betrat eine rechtspopulistische Partei das Münchener Rathaus. Ihm wurden enge Verbindungen zur NPD-Szene vorgeworfen, die er zwar für sich legitimierte und nutzte, jedoch wurden sie ihm zum Verhängnis: die Parteiführung schloss ihn 2005 wegen seiner Teilnahme an der NPD-Initiative *Demokratie direkt* aus. *Weinfurtnner* verstarb noch während der Wahlperiode (2005), weshalb im Laufe der Genehmigungsphase für das Bauprojekt (ab Januar 2005) sein Einfluss und seine Mobilisierungskraft im Stadtrat kurzweilig und ineffektiv blieben.

²⁹ Vgl. Stadt Ingolstadt: Integration in Ingolstadt, Online im Internet.

³⁰ Vgl. Ebd.

³¹ Vgl. Stadt Ingolstadt: Soziale Stadt Piusviertel. Projektdaten und Ziele, Online im Internet.

Nach den Kommunalwahlen im März 2008 gibt es mit Bezug auf integrationspolitische Themen durch den Einzug der *Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA)* in den Stadtrat eine neue Entwicklung im Parteienspektrum. Die NPD-gesteuerte Tarninitiative machte im Vorfeld zu den Wahlen einen sehr erfolgreichen Wahlkampf und rief zum Stopp des Moscheeprojekts auf, indem sie muslimische Gotteshäuser als „Brückenköpfe des Islamismus“³² bezeichnete. Die offen fremdenfeindliche Liste hielt sogar eine Wahlkundgebung im Hasenberg, einem Stadtteil mit hoher Migrantenquote. Während der Wahlkampfphase kamen rechtsextreme Aktivisten und halfen der BIA bei ihren Auftritten und Wahlkampfveranstaltungen. NPD-Landesverbände wollten München wieder „zur Stadt der Bewegung“³³ machen. Auch wenn die politische Kraft der BIA zur Durchsetzung ausländer- und muslimfeindlicher Gesetze und Regelungen bis dato gering geblieben ist, so hat ihre Anwesenheit im Stadtrat eine symbolische Wirkung und motiviert Moscheebaugegner weiterhin für ihr Ziel zu kämpfen. Durch gezielte Anfragen und Gesetzesvorlagen zu Migrationsthemen und Muslimen – innerhalb von eineinhalb Jahren waren es rund 50 – versucht *Karl Richter*, eine „störende“ Atmosphäre zu verursachen. So wollte er beispielsweise wissen, wie viele Dönerverkäufer es in München gibt, ob gesonderte Klassen für Kinder mit Migrationshintergrund und schwacher Deutschkenntnisse eingerichtet werden können und, ob der OB einmal jährlich einen Bericht über die fortlaufende Islamisierung der Stadt München geben kann. Die „etablierten“ Stadtratsparteien versuchten das Übel so gering wie möglich zu halten und verweigern dem BIA-Stadtrat ein Büro im Rathaus und verkürzten seinen Personalkostenzuschuss. *Richter* wurde im Sommer 2008 vom Amtsgericht München verurteilt und musste eine Geldstrafe zahlen, weil er bei seiner Verteidigung Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verwendet hat (Hitlergruß). Die Bürgerbewegung *Pro München* des ehemaligen NPD-Funktionärs *Rüdiger Schrembs* schaffte den Sprung in das Stadtparlament nicht.

Die Stadträtinnen *Brigitte Meier* (SPD) und *Sedef Özakin* (Bündnis 90/ Die Grünen) sprachen bereits bei der Bürgerversammlung im Juni 2005 die volle Unterstützung und Zustimmung ihrer Fraktionen zum Bau des Gotteshauses aus.³⁴ Insbesondere *Ude* setzte sich als „Multikulturalismus-Freund“ für den Bau der Moschee ein und begab sich damit sogar auf einen Risikopfad, die eigene verwurzelte Wählerschaft zu verlieren. Das Projekt ist ihm zur Herzensangelegenheit geworden, so dass die Niederlage vor dem Verwaltungsgericht zwar

³² BIA: Identität bewahren, Informationsbroschüre, München 2008, S. 7.

³³ „Neonazis ziehen in den Stadtrat ein“, in: Süddeutsche Zeitung vom 2. März 2008, Online in Internet.

³⁴ Vgl. Bielicki, Jan: „Ude: Moschee in Sendling wird gebaut“, in: Süddeutsche Zeitung vom 18. Juni 2005, Online im Internet.

einerseits große Enttäuschung auslöste, aber gleichzeitig seinen Willen zur Realisierung der Moschee bekräftigte. Als wahltaktische Strategie wurde der Bebauungsplan erst nach den Kommunalwahlen im März 2008 aufgestellt und bekannt gegeben. Trotz der unerwarteten finanziellen Probleme der Gemeinde hielten die Lokalpolitiker der rot-grünen Koalition zunächst weiterhin an der Moschee fest. Doch *Ude* war sichtlich enttäuscht über das Fehlverhalten und die Misskalkulationen der DITIM, nachdem er sich mit viel Kraft durch die hohen politischen und gesellschaftlichen Hürden durchgekämpft hatte.

Dass sich die CSU-Fraktion im Stadtrat mit baurechtlichen Mitteln gegen den Bau der Moschee zu wehren versuchte, nahm mit dem Antrag der CSU-Stadträte *Manuel Pretzl* und *Andreas Lorenz* im Mai 2005 ihren ersten Anlauf. Darin forderten sie die ordentliche Durchführung eines Bebauungsverfahrens. Stadtrat *Lorenz* konnte eine Moschee zwar „(...) grundsätzlich begrüßen, aber nicht in dieser Dimension und nicht mit diesen Minaretten“³⁵. Andere CSU-Stadträte betonten, dass nur bei einem geordneten Bauverfahren, die Einwände der Bürger umfassend geprüft und gewürdigt werden können. Rückendeckung für die Rathaus-CSU gab es von der Landesregierung. Erst nach dem Entschluss zur Aufstellung eines solchen Plans bekannten sich die Christsozialen zum Moscheeprojekt – jedoch auch nur „halbherzig“. Fraktionsvorsitzender *Josef Schmid* versuchte sich in einem Brief an Fraktionskollegen vom Moscheebau nach wie vor zu distanzieren und wies darauf hin, dass man lediglich einem Bebauungsplan und nicht der Moschee zugestimmt habe. Womit die Baulücke am Gotzinger Platz geschlossen werden soll, ist noch offen. Selbst nach den neuen Plänen, die als Folge des Bebauungsplans ausgearbeitet werden, beschreiben CSU-Politiker das Moscheeprojekt als „realitätsfremd“ und sind nicht einverstanden mit dem Standort.

Um jedoch nicht als „ausländerfeindlich“ eingestuft zu werden, versuchte die CSU-Fraktion ein Zeichen zu setzen, indem sie bei der Verurteilung *Richters* die leitende Rolle spielte und geschlossen Anklage erhob. Außerdem stellte die Münchener CSU im März 2009 ihr (neues) und im Vergleich zu den Vorjahren weitaus „zuwandererfreundlicheres“ *Integrationskonzept* vor und versuchte hierdurch, wieder Nähe zu muslimischen Verbänden und Wählern zu gewinnen. CSU-Stadträte besuchten im Sommer 2009 die Moschee des *Verbands der Islamischen Kulturzentren* (VIKZ) und informierten sich dort über die Schul- und Ausbildungsförderung.³⁶

³⁵ Bielicki, Jan: „Ude: Moschee in Sendling wird gebaut“, in: Süddeutsche Zeitung vom 18. Juni 2005, Online im Internet.

³⁶ CSU München: „Weiterer Schritt zur gelingenden Integration. Schul- und Ausbildungsförderung im Haus vom Verband des Islamischen Kulturzentren (VIKZ)“, Pressemitteilung 60/2009, Online im Internet.

Der Einfluss der Medien auf die öffentliche Meinung

Aufgrund der Brisanz und Emotionalität des Themas berichteten die regionalen und überregionalen Medien kontinuierlich über den geplanten Moscheebau in Sendling. Da es in München mindestens drei Lokalzeitungen (*Münchener Merkur*, *Abendzeitung/ Tageszeitung*, *Blaue Presse*) gibt, die von den Bürgern bevorzugt in Anspruch genommen werden, ist der Informationsfluss stark. Die Entwicklungen rund um den Moscheebau (Gerichts- und Stadtratsentscheidungen, Bürgerversammlungen, Informationsveranstaltungen, etc.) konnten gut verfolgt werden. Auch die *Süddeutsche Zeitung* widmete sich in seinem Bayern- und Münchenteil dem Thema und berichtete im Zusammenhang mit dem Moscheebau über den Islam im Allgemeinen und seine Auswirkungen auf den Alltag der Menschen in der Region. Über den Konflikt wurde nur teils fair berichtet, die Presse polarisierte zeitweise einseitig. Der *Bayerische Rundfunk* strahlte mehrere Sendungen über das Moscheeprojekt aus. Sogar in den USA berichtete die *New York Times* über den Konflikt.³⁷

Der Zeitpunkt des Planungsbeginns und Hürden der Genehmigungsphase

Das *Türkisch-Islamische Gemeindezentrum e.V. (DITIM)* in der Sendlinger Schanzenbachstraße wurde 1986 gegründet. Dabei folgte man einer eher unüblichen Prozedur: zuerst wurde das Grundstück erworben, bebaut und erst später versuchte man, das Gemeindezentrum mit Mitgliedern zu füllen. Bei den meisten anderen DITIB-Gemeinden ist es an sich umgekehrt: man arbeitet „von unten nach oben“. Zunächst befindet sich eine verwurzelte muslimische Gemeinde vor Ort, die sich dann entschließt, eine Moschee mit Versammlungs- und Freizeitmöglichkeiten einzurichten. Doch in diesem Fall „(...) wird der Auftrag von oben, der DITIB-Zentrale erteilt“³⁸.

Nach einigen Jahren erfolgreicher Präsenz und religiöser Dienstleistung stellt der Gemeindevorstand unter der Leitung von *Mehmet Emin Çuruk* fest, einem türkischen Zuwanderer der ersten Generation, dass die Einrichtungen den Anforderungen der wachsenden Muslime nicht mehr Rechnung trägt. Für den aktuellen Standort in der Schanzenbachstraße lag seit März 2005 ein genehmigter Bauantrag für den Umbau und eine Aufstockung der Räumlichkeiten vor, aber dieser Schritt würde nur gering befriedigen und

³⁷ Landler, Mark: “In Munich, provocation in a symbol of foreign faith”, in: *New York Times* vom 8. Dezember 2006, Online im Internet.

³⁸ Interview mit Mehmet Emin Çuruk am 13. Juni 2009.

Probleme mit den Anrainern hervorrufen. Man will expandieren, richtete parallel zur vorhandenen Ausbaugenehmigung bereits 2003 ein Schreiben an den Dritten Bürgermeister der Stadt (*Hep Monatzeder*, Bündnis 90/ Die Grünen) und bat ihn um Unterstützung bei der Grundstückssuche. Nach einem offiziellen Antrag auf Baugrundzuteilung, bot die Stadt der Gemeinde zunächst fünf Grundstücke außerhalb des Stadtkerns (Mittlerer Ring) an. Doch entsprachen sie weder den Wünschen der Gemeinde („Wir wollen einen Platz im Herzen Münchens“³⁹), noch lagen sie im finanziellen Möglichkeitsrahmen. Durch die tatkräftige Unterstützung von OB *Ude* und anderen Schlüsselakteuren in der Verwaltung wurde die Standortsuche fortgeführt, bis sich schließlich nach Prüfung durch das Planungs- und Kommunalreferat am Gotzinger Platz ein geeignetes Grundstück finden ließ. Das Grundstück gehört der Stadt und wird als Parkplatz für die in der Nähe sich befindliche Großmarkthalle genutzt. Nach einigen Konsultationen stimmte eine Dreiergruppe bestehend aus dem Attaché für Religiöse Angelegenheiten (Türkisches Generalkonsulat), Vorstandsmitgliedern des DITIM-Vereins und Vertretern der DITIB-Zentrale in Köln diesem Standort zu. Im Mai 2003, kurz nachdem bekannt wurde, dass die DITIM sich nach einem größeren Grundstück zur Expandierung umgeschaut und die Fläche am Gotzinger Platz zur Auswahl gestanden hatte, wurde eine erste Bürgerversammlung in Sendling auf Drängen der CSU einberufen. Die Stimmung war sehr aufgebracht, die Bürger protestierten heftig. Auch der türkische Attaché *Niyazi Güneş* war anwesend und versuchte, die aufgebrachten Bürger zu beruhigen und Klarheit zu schaffen.

Im Januar 2005 stellte der Bauherr DITIM eine erste Bauvoranfrage bei der Stadt. Die Bürger in Sendling drängten den Bezirksausschuss zu Maßnahmen. Da es sich nicht nur um planungstechnische Fragen handelte, sondern auch verfassungsrechtliche und integrationspolitische Themen berührt wurden, reichte der zuständige Bezirksausschuss (BA 6 Sendling) im März und Mai 2005 diverse Anträge zur Herbeiführung einer Grundsatzentscheidung des Stadtrats zum Bau einer Moschee innerhalb des Mittleren Rings und zur verkehrstechnischen Überprüfung des Bauvorhabens ein.⁴⁰ Am 16. Juni 2005 fand eine erneute Bürgerversammlung zum Moscheebau statt. Mit einer knappen Mehrheit (252 gegen 212 Stimmen) wurde einem Ablehnungsantrag zugestimmt. Die Abstimmung war allerdings nicht bindend. OB *Ude* leitete die Versammlung persönlich und wies als positive Beispiele für Integration in einem Stadtviertel auf die Moscheen in Freimann und Pasing hin.

³⁹ Interview mit Mehmet Emin Çuruk am 13. Juni 2009.

⁴⁰ Vgl. LH München: Antrag des Bezirksausschusses 6 zum Bebauungsplan des Islamischen Kulturzentrums am Gotzinger Platz, BA-Antrag Nr. 02-08/B00279 vom 2.5.2005, S. 2, Online im Internet.

Vertreter der DITIM-Gemeinde waren anwesend und standen Rede und Antwort. Auch Kirchenvertreter unterstützten das Projekt. Die Stimmung war angespannt. Anwohner nutzten diese Gelegenheit, um ihre Enttäuschung über den geplanten Bau der Moschee „vor der Nase“⁴¹ ausdrücken und stellten einen Antrag auf die Verlagerung des Moscheebaustandorts. Als Bedenken wurden hauptsächlich Verkehrsprobleme und die zu erwartende geringe Nutzung der Räumlichkeiten durch die muslimische Gemeindegänger genannt.

Ude erklärte, das „erstaunlich knappe Ergebnis einer einzigen Bürgerversammlung (könne) nicht mehr wiegen als (...) das Recht der hier lebenden Muslime, ihren Glauben auszuüben“⁴². Er forderte unbeachtet dieser Reaktionen der Bürger den Stadtrat am 22. Juni 2005 auf, dem Nutzungskonzept für das städtische Grundstück unter dem Vorbehalt einer baurechtlichen Genehmigung zuzustimmen. Das Baureferat sah einen Bebauungsplan nach §34 des Baugesetzbuchs als nicht notwendig, da sich der Bau in die Eigenart der näheren Umgebung (anscheinend) einfügt. Der Stadtrat beschloss die Vorlage des OB mit den Stimmen der SPD, Grünen, Rosa Liste, FDP, ÖDP und PDS gegen die CSU-Fraktion. Ein Vorbescheid auf die Bauanfrage wurde am 26. Juli 2005 der DITIM zugestellt. Am Tag darauf beschloss der Stadtrat mit großer Mehrheit den Verkauf der Fläche an den Trägerverein. Der Kaufvertrag nahm allerdings die Bedenken der Anwohner mit auf und verlangte von der DITIM, das „Islamische Kulturzentrum“ für die Allgemeinheit zugänglich zu machen. Der OB gab hierbei zu verstehen, dass „(...) am Gotzinger Platz keine strengeren Maßstäbe gelten sollen als im Herzen der Altstadt bei Totalabriss, Neubau und Nutzungsänderung des bedeutendsten Merkmals der bayerischen Staatsgeschichte“⁴³. Denn am Vortag des Stadtratsbeschlusses über den Verkauf erließ die Regierung von Oberbayern eine Pressemitteilung und verlangte von der Landeshauptstadt einen Bebauungsplan, eine öffentliche Ausschreibung des Grundstücksverkaufs und einen Bericht zum Verfahren unter Vorlage von Akten.⁴⁴

Direkt im Jahr der Antragstellung intensivierte der Moscheeverein seine Bemühungen um interreligiösen Dialog durch Nachbarschaftskontakte, Besuche in Schulen und ökumenische Veranstaltungen. Der Vereinsvorstand lud im Oktober 2005 Vertreter christlicher und jüdischer Religionsgemeinschaften, das Bayerische Innenministerium, Stadträte und

⁴¹ Aus dem Brief einer Anwohnerin an den Oberbürgermeister Christian Ude vom 1. Juni 2005.

⁴² Beinhauer-Köhler, Bärbel/Leggewie, Claus: Moscheen in Deutschland, München 2009, S. 162.

⁴³ LH München: „Stadtrat beschließt Kaufvertrag für Moschee-Grundstück am Gotzinger Platz“, Rathaus Presseumschau vom 28. Juli 2005, S. 5.

⁴⁴ Vgl. Regierung von Oberbayern: „Sendlinger Moschee in München. Regierung fordert Bericht an“, Pressemitteilung vom 26. Juli 2005, Online im Internet.

Sicherheitsbeamte zum Ramadan-Essen ein und versuchte somit, mit wichtigen Institutionen ins Gespräch zu kommen.⁴⁵ Gemeinsam mit den benachbarten Kirchen *Himmelfahrt* und *Sankt Korbinian* wurde ein Onlineforum *Begegnung am Gotzinger Platz* eingerichtet. In diesem Rahmen wurden jeden Monat Vortrags- und Gesprächsreihen abgehalten, die Bürgern die Möglichkeit geben, Gemeinsamkeiten zwischen beiden Religionen zu erfahren und offen Fragen zu stellen. Dadurch sollen Vorurteile abgebaut werden. Gemeindevorsitzender *Çuruk* war mehr als fünf Mal zu Gast bei lokalen und überregionalen Fernsehsendungen (ARD, BR, TV5, ZDF) und versuchte hier die Struktur und Denkweise der DITIB zu erklären.

Zwischen 2005 und 2006 lief eine offene Ausschreibung und ein Gutachtenverfahren für Bebauungsentwürfe, an dem fünf Architekturbüros teilnahmen. Im März 2006 entschied sich dann eine zwölköpfige Jury⁴⁶ mit 10 zu 2 Stimmen für den Entwurf des Büros *Walter Höfler*. Er sah auf dem dreistöckigen Gebäude zwei 41 Meter hohe Minarette und eine Kuppel vor. Die Kirchtürme der gegenüberstehenden *Sankt-Korbinian-Kirche* haben eine Höhe von 55 Metern. Die Entwürfe wurden im April 2006 für zwei Tage in den Räumen der DITIM öffentlich ausgestellt.

Der Bayerische Ministerpräsident *Dr. Edmund Stoiber* drohte daraufhin, eine Überprüfung der Baugenehmigung einzuleiten. Der Konflikt spitzte sich zu und lief offenbar auf einen Gerichtsstreit zwischen der Stadt und der Regierung von Oberbayern hinaus. Innenminister *Dr. Günther Beckstein* drängte die Regierung von Oberbayern auf eine Aufhebung des von der Stadt erlassenen Vorbescheids. Zwei Nachbarn legten Widerspruch gegen den Vorbescheid ein und erhielten Zuspruch von der CSU-Rathausfraktion. Der Vorbescheid wurde im September 2006 durch die Regierung von Oberbayern aufgehoben. Das war ein herber Rückschlag für OB *Ude* und den DITIM-Verein. Der Verein legte beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof Einspruch gegen die Entscheidung der Regierung von Oberbayern ein und verlor am Ende den Prozess; ein erneuter Rückschlag. Das Gericht bestätigte die Aufhebung des Vorbescheids mit der Begründung, „dass das geplante Türkisch-Islamische Kulturzentrum eine zentrale kirchliche und kulturelle Einrichtung [darstellt], die sich nicht in das vorzufindende Mischgebiet am Gotzinger Platz [einfügt]“⁴⁷. Wegen der sozialen und kulturellen Zusatzangebote des Kulturzentrums (Bibliothek, Dampfbad, Konferenzräume,

⁴⁵ Vgl. Kurt, Mehmet: „Münih DITIB Merkez Camii iftarından herkes memnun kaldı“, in: Zaman vom 13. Oktober 2005, S. 17.

⁴⁶ Die Jury besteht aus je einem Vertreter der DITIB, des Stadtrats und der DITIM, je vier Vertretern der Anwohnerschaft und der Stadtverwaltung und dem OB Christian Ude.

⁴⁷ Bayerisches Verwaltungsgericht München: „Moschee in München-Sendling. Klage des Bauherrn abgewiesen“, Pressemitteilung vom 13. Februar 2007, Online im Internet.

Wohnungen, etc.) sei das 7.500-Quadratmeter-Projekt eine überregionale Einrichtung, die nicht für das Viertel geeignet sei und einen nicht überwindbaren Verkehr mit sich bringe. OB *Ude* wollte die Auflagen des Gerichts erfüllen, beharrte aber auf dem Standort in Sendling. Es wurden Vorbereitungen für einen Bebauungsplan getroffen. Mitte April 2007 beschloss der Stadtrat einstimmig, einen Bebauungsplan mit Grünordnung durchzuführen.

Eine Bürgerversammlung im Juli 2007 sprach wieder den Moscheegegner zu, sie gewinnen die Abstimmung mit 371 zu 222 Stimmen. OB *Ude* rügte die Haltung vieler Bürger zu den Integrationsbemühungen der Stadt. Er bezichtigte die Moschee-Gegner, unlogische und falsche Argumente vorzulegen.⁴⁸ Bei einer weiteren Bürgerversammlung am 10. Juli 2008 versuchte OB *Ude*, das Moscheebauprojekt abermals zu verteidigen. Wieder war die Atmosphäre unter den 700 Anwesenden angespannt, der OB erhielt sogar Polizeischutz genommen.⁴⁹ Und wieder gewannen bei der unverbindlichen Abstimmung die Moscheebauegner mit 124 zu 92 Stimmen. Kurze Zeit später wurde zwischen Juli und August 2008 der Bebauungsplan für vier Wochen von der Stadt öffentlich ausgestellt, Bürger konnten sich informieren und ihre Einwände einreichen. Die Nutzungsfläche wurde nach mehrmaliger Überarbeitung wesentlich verkleinert und architektonische Verbesserungen mussten durchgeführt werden.

Als nun nach jahrelangen Querelen die Baugenehmigung stand, sahen sich der Trägerverein und die Unterstützer des Moscheeprojekts aus dem Stadtrat mit einem neuen Problem konfrontiert. DITIM konnte die Grunderwerbssteuer nicht vollständig zahlen, die ausstehende Summe wurde vorübergehend von der Landeshauptstadt übernommen. Auch der Kaufpreis des Grundstücks (rund fünf Millionen Euro) war noch nicht vollständig ausgeglichen. Ursprüngliches Ziel war es gewesen, die Einnahmen aus dem Verkauf des bisherigen Standorts mit einem Kredit aufzustocken und somit das neue Bauprojekt anzugehen (am Ende wurden die Gesamtkosten auf 15 Millionen Euro geschätzt). Dies war jedoch nicht möglich ohne die Zustimmung der überstehenden DITIB-Verwaltung in Köln. Der Gemeindevorstand stand unter Druck und musste für die bis dahin ausgegebenen 400.000 Euro Rechenschaft ablegen. Im Dezember 2008 beschloss man auf einer Gemeindeversammlung bei Anwesenheit von DITIB-Vertretern das Bauprojekt ruhen zu lassen. Die DITIB-Führung machte klar, dass sie das Bauvorhaben finanziell nicht unterstützen kann. Sie hielt sich geschickt zurück und versuchte dies mit dem Verhalten der

⁴⁸ Vgl. NPD Landesverband Bayern: „Sendlinger lehnen Moschee ab“, Pressemitteilung vom 16. Juli 2007, Online im Internet.

⁴⁹ Vgl. Käppner, Joachim/Bielicki, Jan: „Heftiger Streit um das Moscheeprojekt“, in: Süddeutsche Zeitung vom 11. Juli 2008, Online im Internet.

Sendlinger Bürger zu begründen: „Wo wir nicht erwünscht sind, bauen wir nicht“⁵⁰, sagte der Attaché vom Türkischen Generalkonsulat in München. Çuruk war zutiefst enttäuscht vom plötzlichen Rückzieher des Dachverbands und trat als Gemeindevorsitzender zurück. Der neue Vorstand unter *Recep Dereli* konnte sich – wegen der unklaren Haltung aus Köln – nicht deutlich zur Zukunft des Moscheeprojekts äußern. OB *Ude* wurde ungeduldig und forderte Klarheit über die Zukunft des Bauprojekts. Er gab dem Verein eine Frist bis zur Jahresmitte 2009, um die finanziellen Probleme zu lösen.⁵¹ Diese wurde bis in das Jahr 2010 hinein verlängert, im Oktober folgte das endgültige Aus. Zwischenzeitlich bat OB *Ude* sogar den türkischen Europa-Minister *Egemen Bagis* um finanzielle Hilfe.⁵² Eine Realisierung des Bauvorhabens scheint mit dem heutigen Stand der Dinge in die Weite gerückt zu sein.

Erst mit dem Antrag auf Grundstücksuche im Jahr 2003 bemerkten die Münchner, dass sich in der Schanzenbachstraße, inmitten eines Wohngebiets, seit 16 Jahren eine Moschee befunden hatte. Wie auch Çuruk später zugab, hatte sich die Gemeinde stets ruhig und unauffällig verhalten, um die Anwohner nicht zu stören. Bei Gesprächen mit Bürgern und DITIM-Vertretern, die vom ersten Augenblick des Bauantrags mit dabei waren, merkte man schnell, wie sehr sich ein Misstrauen der Bürger „aus dem Bauch“⁵³ heraus gebildet hatte. Die Ereignisse vom 11. September 2001 lagen noch nicht weit zurück, sie wurden gefüttert durch die darauf folgenden islamistisch motivierten Anschläge in Djerba (2002), Istanbul (2003), Madrid (2004) und London (2005). Das machte die Lage für den Moscheeverein nicht einfacher. Es wurde schwierig, die friedlichen Absichten der Moschee zu kommunizieren. „Wir stehen nach wie vor im Schatten der Terroranschläge“⁵⁴, sagt Çuruk. Man wollte aber mit dem Moscheebau ein Zeichen der Dazugehörigkeit und Öffnung setzen.

Die außerparlamentarische Unterstützung und Blockadeversuche

Bereits vom ersten Tag der Bauanfrage an sprachen die (meisten) Kirchen ihre Unterstützung für das Moscheeprojekt aus. In einer Pressemitteilung des Erzbischöflichen Ordinariats München vom Juni 2005 wurde hierzu ausgeführt: „Für den Bau eines Moscheekomplexes (...) haben sich Repräsentanten der katholischen Kirche in der bayerischen Landeshauptstadt

⁵⁰ „Wo wir nicht erwünscht sind, bauen wir nicht“, in: Süddeutsche Zeitung vom 13. März 2009, S. 38.

⁵¹ Vgl. Özcan, Celal: „Cami ultimatomu“, in: Hürriyet vom 27. Mai 2009, S. 14.

⁵² Mercimek, Ali: „Cami için para istedi“, in: Hürriyet vom 7. Februar 2009, S. 15.

⁵³ Rest, Tanja: „Die sollen erst einmal Deutsch lernen“, in: Süddeutsche Zeitung vom 10. August 2009, S. 15.

⁵⁴ Interview mit Mehmet Emin Çuruk am 13. Juni 2009.

ausgesprochen⁵⁵. Die evangelische Kirche sah den Moscheebau als eine Chance für die Münchner, „(...) eine für uns fremde Religion besser kennen zu lernen“⁵⁶. Um eine faire Auseinandersetzung zu gewährleisten, erklärten sich die Kirchen bereit zur Zusammenarbeit mit Lokalpolitikern, den Bürgern und dem Moscheeverein. Sie forderten einen Dialog auf Augenhöhe und partnerschaftliches Verhalten. Wenn der geplante Moscheebau bis jetzt etwas bewirkt hatte – außer Streit und „Kopfschmerzen“ – dann waren es die neuen Freunde in den Kirchengemeinden. So bedankte sich später *Çuruk* für die Unterstützung.⁵⁷ Als die Auseinandersetzungen im Frühjahr 2008 heftiger wurden und hetzerische, rassistische und fremdenfeindliche Flugblätter kursierten, rief der Kirchenvorstand der *Himmelfahrtskirche* zu einem friedlichen und verständnisvollen Miteinander auf.⁵⁸

Mit dem Bekanntwerden der Bauanfrage durch DITIM begannen heftige Auseinandersetzungen in der Bürgerschaft des Stadtteils und darüber hinaus. Ging der OB zu Beginn der Planungen noch davon aus, dass am Grundstück am Gotzinger Platz „(...) eventuelle Konflikte vermieden werden, da die Moschee und das Kulturzentrum nicht direkt an bestehende Gebäude angrenzen und durch die geplanten Wohngebäude ein Puffer geschaffen wird“⁵⁹. Diese Annahme entpuppte sich als Illusion. Unter der führenden Koordination von *Helga Schandl* wurde die Initiative *Bürger für Sendling* gegründet. Bereits im Juni 2005 hatte sie mehr als 1.000 Unterschriften gegen die Moschee gesammelt, im März 2007 waren es 2.000. 2006 wendete sich die Initiative an den Petitionsausschuss des Bayerischen Landtags und forderte einen Bebauungsplan, „weil der Bau (...) nicht zu dem denkmalgeschützten Ensemble des Gotzinger Platzes (...) passt“⁶⁰. Man bereitete ein Bürgerbegehren gegen den Moscheebau vor wofür 27.000 Unterschriften benötigt wurden. *Schandl* rief die Bürger dazu auf, ihre Einwände gegen den Bauplan, der im Sommer 2008 im Münchener Planungsreferat ausgestellt worden war, einzureichen und stellte dazu die notwendigen Dokumente und Informationen auf ihrer eigens für diesen Zweck eingerichteten Homepage zur Verfügung. Um dem Thema Moscheebau ein baldiges Ende zu setzen, stellte man sogar einen Antrag auf begrenzte Redezeit für den OB während der Bürgerversammlung

⁵⁵ Erzbistum München: „Grundrecht Religionsfreiheit. Für Muslime nicht anders als für Christen“, Pressemitteilung vom 6. Juni 2005, Online im Internet.

⁵⁶ „Langwieriges Verfahren. Predigt auf Deutsch wäre gut“, in: Münchener Merkur vom 7.6.2005, Online im Internet.

⁵⁷ Beinhauer-Köhler, Bärbel/Leggewie, Claus: Moscheen in Deutschland, München 2009, S. 165.

⁵⁸ Vgl. Himmelfahrtskirche München: „Keine Fremdenfeindlichkeit in Sendling“, Aufruf des Kirchenvorstands der Himmelfahrtskirche vom 25. Juni 2008, Online im Internet.

⁵⁹ LH München: Grundsatzentscheidung des Stadtrats zum Bau einer Moschee innerhalb des Mittleren Rings, Sitzungsvorlage Nr. 02-08/V06370, S. 10, Online im Internet.

⁶⁰ „Arrogantes Verhalten“, in: Donau Kurier vom 15. November 2006, Online im Internet.

2008.⁶¹ Schon sehr bald bekam *Bürger für Sendling* wachsenden Zuspruch. In Sendling fanden sich die meisten Befürworter der Moscheegegnerinitiative ein und debattierten heftig über das Thema. Unterstützt wurde sie insbesondere von CSU-Stadtrat *Lorenz*, der in diesem Wahlkreis als Landtagskandidat antritt und sich durch die Anti-Moschee-Kampagne Zustimmung erhoffte.

Der Zeitpunkt der Etablierung von kommunalen Integrationsinstrumenten

Der Münchner Ausländerbeirat vertrat seit über 30 Jahren ehrenamtlich die politischen Interessen von Münchnern ohne deutschen Pass und betonte von Beginn der Projektphase seine vollste Unterstützung für den Moscheebau.⁶²

Einen ersten Schritt, um politische und gesellschaftliche Leitlinien für die rund 100.000 Muslime in der Stadt zu erschaffen, machte die Stelle für interkulturelle Arbeit der Landeshauptstadt München im April 2005 als sie eine *Informationsbroschüre zum muslimischen Leben* herausbrachte. Dadurch sollten neu zugewanderte Menschen muslimischen Glaubens die Möglichkeit erhalten, sich zu orientieren und Anhaltspunkte finden, wo im Stadtviertel, an ihrem Wohn- oder Arbeitsort und in welcher Sprache sie Kontakt zu anderen Muslimen aufnehmen können.⁶³ Hinsichtlich der Münchner Moscheen wurde ein besonderes und zugleich kritisches Augenmerk auf die Geschlechtertrennung im öffentlichen Leben des Islams gelegt. Allerdings geschah dies mit der Anmerkung, „dass es sich immer um ein rein privates und prinzipiell wechselhaftes Engagement mit meist eher schwachen formellen und instabilen Strukturen handelt“⁶⁴.

Dieselbe interkulturelle Arbeitsstelle organisierte zwischen Dezember 2008 und Juni 2009 ein Weiterbildungsprogramm *München Kompetenz* für muslimische Seelsorger. Sie sollten dabei die Geschichte und Politik der Bundesrepublik kennenlernen, sich mit dem Verwaltungsapparat der Stadt anvertrauen und die Handhabung sozialer Dienste für Bürger in Erfahrung bringen. Die Teilnehmer stammten aus verschiedenen Nationen und waren an unterschiedliche muslimische Gemeinden gebunden. Als Resultat dieses Modellprojekts war die Gründung eines gleichnamigen Vereins geplant.⁶⁵ Erweitert wurden die Initiativen der

⁶¹ Vgl. „OB Udes praktischer Umgang mit den Bürgern“, in: *Sendling Aktuell* vom 14. Juli 2008, Online im Internet.

⁶² Vgl. LH München: „Ausländerbeirat für Moschee in München“, *Rathaus-Umschau* vom 16. Juni 2005, S. 5.

⁶³ Vgl. LH München: *Muslimisches Leben in München. Eine Informationsbroschüre*, München 2005, S. 3.

⁶⁴ Ebd., S. 14.

⁶⁵ Vgl. Maier-Albang, Monika: „Imame auf Erkundungsreise. Muslimische Seelsorger lernen Münchener Bräuche und Behörden kennen“, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 14. Juli 2009, S. 35.

interkulturellen Stelle durch den Anfang 2004 ins Leben gerufenen *Runden Tisch der Muslime*, der beim Dritten Bürgermeister *Monatzeder* angesiedelt ist und muslimischen Vereinen zwei Mal im Jahr die Möglichkeit gibt, sich mit ihren Belangen und Anregungen direkt an die Stadt zu wenden.

Die demographische Struktur der Kommune und am Moscheestandort

Heutzutage leben je nach Quellenlage rund 6 bis 8 Prozent Muslime in München. Die erste Erfahrung Münchens mit Moscheen geht zurück in die 1950er Jahre als Kriegsflüchtlinge aus der Sowjetunion eine Moschee in einem Auffanglager vor den Stadttoren errichteten. Damals betitelten die Zeitungen dieses Ereignis wie eine Sensation („In München steht eine Moschee – Moslems im Bundesgebiet“).⁶⁶ Zum Zeitpunkt des Bauantrags (2005) bestanden nach Angaben der Stadt in München 24 muslimische (Gebets-) Einrichtungen.⁶⁷ Heutzutage sollen es 43 sein. Insbesondere bei der Errichtung der Moscheen in Pasing und in Freimann kam es in der Vergangenheit zwar zunächst zu heftigen Protesten, aber später wurde deutlich, wie gut sich die Gemeinden in das Umfeld einfügten und friedlich mit den Anwohnern waren, die als „Vorbild“ für die Sendlinger Moschee genommen werden können.

Im dritten Quartal 2008 widmete sich das Statistische Amt in seinem Quartalsheft dem Thema Migration und erweiterte damit zum ersten Mal die Bevölkerungsdaten der Stadt um das Merkmal „Migrationshintergrund“. Es kam zu dem Ergebnis, dass 35,6 Prozent der Münchener Hauptwohnsitzbevölkerung einen Migrationshintergrund hat. Je nach Stadtbezirk variiert entsprechend der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund (Eingebürgerte und Drittstaatsbürger zusammen) zwischen 27 und 52 Prozent. In Sendling, dort wo der Bau der Moschee geplant ist, liegt dieser Anteil bei 36,2 Prozent.⁶⁸ Im Stadtbezirk wohnen rund 35.000 Menschen. Der Anteil der Senioren über 65 Jahre beträgt rund 14 Prozent. Der Arbeiteranteil beträgt nur noch etwa ein Drittel. Unteres und mittleres Ausbildungsniveau bestimmen zwar derzeit noch die Sozialstruktur, jedoch zeichnet sich ein Wandel ab, denn immer jüngere Haushalte mit höheren Bildungsabschlüssen ziehen nach Sendling. Auch wenn während der heißen Diskussionsphase viele zu behaupten pflegten, dass das Stadtviertel „urbayerisch“ sei, ist es in Wirklichkeit ein „blitzlebendiges Mischgeschöpf“⁶⁹.

⁶⁶ Vgl. Wimmer, Stefan: Vortrag zur Eröffnung der Veranstaltungsreihe „Islam entdecken“ am 30. Juli 2009 im Großen Rathaussaal der LH München.

⁶⁷ LH München: Grundsatzentscheidung des Stadtrats zum Bau einer Moschee innerhalb des Mittleren Rings, Sitzungsvorlage Nr. 02-08/V06370, S. 5, Online im Internet.

⁶⁸ Stand vom 30. Juni 2008; LH München: Münchener Statistik, 3. Quartalsheft, München 2008, S. 13.

⁶⁹ Rest, Tanja: „Die sollen erst einmal Deutsch lernen“, in: Süddeutsche Zeitung vom 10. August 2009, S. 15.

IV. Fazit

Deutlich wird bei der Auswertung der Fallstudien, dass die parteipolitische Zusammensetzung der Entscheidungsgremien (Stadtrat) keinen ausreichenden Erklärungsfaktor bietet. Geht man davon aus, dass linksliberale, sozialdemokratische Kommunalverwaltungen den Bau einer Moschee eher genehmigen und problemlos durchführen würden, so hat sich in den hier untersuchten Fällen das Gegenteil gezeigt. Die seit Jahren sozial-grün dominierte Landeshauptstadt München konnte ihr Moscheeprojekt keineswegs konfliktfrei verwirklichen. Vielmehr zählen die Kommunikation und die politische Auseinandersetzung zwischen den Parteien, die jeweils für sich genommen unterschiedliche Meinungen zum Thema Moscheebau haben können. Das Projekt muss in den Entscheidungsgremien und außerhalb diskutiert und auch von einem Oberbürgermeister, der aus persönlichen Motiven an der Verwirklichung der Moschee hängt, an die Stadträte und die Bürger rational kommuniziert werden. Das gilt ebenso, wenn aus baurechtlichen Gründen ein Stadtratsbeschluss nicht notwendig ist. In München gab der Alleingang des Oberbürgermeisters den Anlass, ohne die Standpunkte der eigenen Parteibasis zu beachten und gegen die kritischen Stimmen der Stadträte und Bürger zu agieren, der schlussendlich das Konfliktpotenzial aufkeimen ließ. Ein fruchtbarer Meinungsaustausch mit den beteiligten politischen Akteuren und ihre Einbindung in das Geschehen – sei es auch nur durch häufige Informationsvermittlung – können auch in (stark) konservativen Kommunen den Fortgang der Projektverwirklichung vereinfachen oder sogar zu einer einstimmigen Bewilligung führen, wie der Fall in Ingolstadt zeigt. Je nachdem, wie diese interne Kommunikation verläuft, können rechtspopulistische/-extreme Parteien und Gruppierungen Potential aus diesem Umstand ziehen und trotz einer marginalen Zahl politische Stärke beweisen.

Es bestätigt sich die Annahme, dass der Einfluss der Medien auf die öffentliche Meinung ein wichtiger Indikator für das Ergebnis ist. In Ingolstadt blieb die (lokale) Presse weitestgehend im Hintergrund, bzw. berichtete zugunsten der Moscheegemeinde, die gerne durch Medien Offenheit und Transparenz gegenüber der Stadtgesellschaft an den Tag legt. In München wurden die Medien dagegen zum Sprachrohr der Moscheebaugegner und vernachlässigten die Beleuchtung der positiven Aspekte des Bauvorhabens. Der Dachverband DITIB wurde als eine Gefahr dargestellt, die die christlich-abendländische Kultur Deutschlands zu untergraben versuche.

Die Kommunikation des Bauprojekts nach außen und zwischen den Akteuren, sowie die Unterstützung durch Kirchen und andere zivilgesellschaftliche Einrichtungen gab zusammen mit der Stellung der Medien einen der wesentlichen Erklärungsfaktoren für den Verlauf und den Ausgang dieses Moscheeprojekts ab. In München wurde deutlich, dass eine (anfangs) untransparente und dem Dialog ausweichende Projektführung der wesentliche Grund war, warum sich skeptische Politiker und Bürger übergangen und von der Moschee in ihrem Lebensumfeld bedroht fühlten. Münchens Oberbürgermeister – wohl im Bewusstsein der Vielzahl von Moscheegegnern – wollte den Versuch wagen, die Baugenehmigung schnellstmöglich durchzuführen. Sein Plan scheiterte an der Justiz und der starken Opposition. Der Konflikt in München verlor schon bald seinen ursprünglichen „Moscheecharakter“ und artete zu einem Machtkampf zwischen Institutionen und Verwaltungsinstanzen aus. Es ging nicht mehr um die Moschee und Religionsfreiheit an sich, sondern um das Bestimmungsrecht zwischen Kommune und Regierung von Oberbayern.

Die Unterstützung und die Zusammenarbeit mit den Kirchen reichen allein nicht aus, um vertrauensbildende Maßnahmen zu schaffen und das Bauvorhaben an die Bürger zu vermitteln. Dieser Aspekt ist ohne Zweifel ein bereichernder Faktor und in beiden Fällen uneingeschränkt gegeben. Trotz punktueller Kritiken und Enthaltungen unterstützten alle Kirchengemeinden als unmittelbare Nachbarn den Bau von Moscheen als Ausdruck der grundgesetzlich verankerten Religionsfreiheit. Aber sie konnten die Ängste der Bürger nicht gänzlich kompensieren. Dort, wo ihre Überzeugungskraft schwach blieb, griffen Bürger zur „Selbsthilfe“, gründeten Anti-Moschee-Initiativen oder versuchten, mit Hilfe rechtspopulistischer Parteien und Vereinigungen ihrem Anliegen innerhalb und außerhalb von Entscheidungsinstitutionen (Stadt- und Bezirksräte) einen Ausdruck zu verleihen. Um dem entgegenzuwirken, mussten die Moscheegemeinden offensive Aufklärungsarbeit direkt am Bürgern leisten und dabei die richtigen Instrumente, wie beispielsweise gut ausgebildete und deutschsprachige Brückenpersonen, benutzen, um nicht erst mit dem Bekanntwerden des Moscheeprojekts den Anwohnern zu vermitteln, dass der Islam sich sichtbar ausdrücken will und bereits seit Jahren (unbemerkt) in unmittelbarer Nähe existiert hatte.

Der Zeitpunkt der Etablierung einer Integrationspolitik, die auch das Leben der Muslime in der Kommune betrifft, spielt als Erklärungsfaktor nur eine marginale Rolle.

Bei den meisten Moscheekonflikten, welche in den Medien großes Echo finden, scheint es stets eine Standortfrage zu sein, die den Bürgern ein Dorn im Auge wird. Wie bereits erwähnt, „wandern“ Moscheen von der Peripherie in das Zentrum der Kommunen. Muslimische

Gemeinden wollen einen Platz in zentraler Lage oder in einem Wohngebiet, wo viele Gläubige das Gotteshaus aufsuchen können. Doch näher rückende Moscheen machen den Menschen Angst. Dass der Standort außerhalb des Stadtkerns, eventuell sogar in einem ruhigen Gewerbegebiet mit wenig Wohnfläche und/oder hoher Migrantenquote liegt, ist bei Weitem kein Freifahrtschein für ein gelungenes Moscheeprojekt. Es kann sich auszahlen und die Entscheidungsfindung vereinfachen, aber auch in das Gegenteil umschlagen. Solange die Kommunikation und die Vermittlungsarbeit gut funktionieren und die Moscheegemeinde keine imposanten Machtdemonstrationen mit dem Bau ausdrücken will, können Moscheen sogar in Kerngebieten mit zahlenmäßig wenigen Muslimen vor Ort gebaut werden.

Unabhängig von sozio-politischen und bürokratischen Aspekten sowie Standortfragen war es in München die plötzliche und unerwartete Geldnot der Moscheegemeinde und die fehlende Unterstützung des Dachverbands DITIB, die das Projekt platzen ließ, obwohl die wesentlichen bürokratischen Hürden bis dahin überwunden schienen.

Somit sind die transparente Kommunikation und Vermittlung des Bauvorhabens nach außen und innerhalb der Entscheidungsgremien und die positive Berichterstattung in den lokalen und überregionalen Medien die beiden ausschlaggebenden und bestimmenden Erklärungsfaktoren, die in Kombination mit situationsbedingten Faktoren den Unterschied zwischen einem Moscheebauprojekt mit negativem und positivem Ausgang ausmachen.

Dieser Artikel ist die ausgearbeitete Fassung eines Vortrages, den Cenk Alican am 19. Juni 2010 auf dem Symposium „Europa – ein christlicher Kontinent?“ des Eric-Voegelin-Zentrums an der Ludwig-Maximilians-Universität gehalten hat.

Cenk Alican

- geboren 1984 in Istanbul/Türkei
- Studium der Politikwissenschaft, Rechtswissenschaft und Orientalistik zwischen 2004 und 2010 an der LMU München
- M.A. seit 2010 mit einer Arbeit über Moscheebaukonflikte in westdeutschen Kommunen bei Prof. Dr. Edgar Grande
- seit Oktober 2010 Promotion am Geschwister-Scholl-Institut der LMU München
- seit Juli 2009 wissenschaftlicher Mitarbeiter der bayerischen Landtagsabgeordneten Isabell Zacharias (migrations- und hochschulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion)

Literatur- und Quellenverzeichnis

Monographien

- Beinhauer-Köhler, Bärbel/ Leggewie, Claus, 2009: Moscheen in Deutschland. Religiöse Heimat und gesellschaftliche Herausforderung. München: C.H. Beck.
- Vöcking, Hans, 1984: Die Moschee. Ethnische Enklave, religiöses Refugium, Cibedo-Texte, 30/1984, Frankfurt a. M.: CIBEDO-Eigendruck.

Sammelbände

- Fitzgerald, M./ Khoury, A. Th./ Wanzura, W. (Hrsg.), 1980: Renaissance des Islams. Weg zur Begegnung oder zur Konfrontation?. Graz/ Wien/ Köln: Styria.

Zeitungs- und Zeitschriftenartikel

- Bielicki, Jan: Ude: Moschee in Sendling wird gebaut, in: Süddeutsche Zeitung vom 18. Juni 2005. Online in Internet: URL: <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/480/364300/text/> [Stand 26. August 2008].
- Bielicki, Jan: Genossen gegen Genossen. Das ist eine Ohrfeige, in: Süddeutsche Zeitung vom 16. November 2006, Online in Internet: URL: <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/297/366115/text/> [Stand 6. Juli 2009].
- Käppner, Joachim/ Bielicki, Jan: Heftiger Streit um das Moscheeprojekt, in: Süddeutsche Zeitung vom 11. Juli 2008. Online in Internet: URL: <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/356/448090/text/> [Stand 2. September 2009].
- Kurt, Mehmet: Münih DITIB Merkez Camii iftarından herkes memnun kaldı, in: Zaman Avrupa vom 13. Oktober 2005, S. 17.
- Landler, Mark: In Munich, provocation in a symbol of foreign faith, in: New York Times vom 8. Dezember 2006. Online in Internet: URL: <http://www.nytimes.com/2006/12/08/world/europe/08mosque.html> [Stand 5. September 2009].
- Maier-Albang, Monika: Imame auf Erkundungsreise. Muslimische Seelsorger lernen Münchener Bräuche und Behörden kennen, in: Süddeutsche Zeitung vom 14. Juli 2009, S. 35.
- Mercimek, Ali: Cami için para istedi, in: Hürriyet vom 7. Februar 2009, S. 15.
- Özcan, Celal: Cami ultimatomu, in: Hürriyet vom 27. Mai 2009, S. 14.

- Prantl, Heribert: Der Islam ist Teil Deutschlands, in: Süddeutsche Zeitung vom 25. September 2006. Online in Internet: URL: <http://www.sueddeutsche.de/politik/interview-der-islam-ist-teil-deutschlands-1.298355> [Stand 18. Juni 2009].
- Rest, Tanja: Die sollen erst einmal Deutsch lernen, in: Süddeutsche Zeitung vom 10. August 2009, S. 15.
- Silvester, Christian: Jeder zweite hält Ausländeranteil zu hoch, in: Donau Kurier vom 29./30. Dezember 2007, S. 26.
- Weidner, Stefan: Früchte des Zorn. Können wir mit der Islamkritik umgehen?, in: Süddeutsche Zeitung vom 13./ 14. Februar 2010, S.4.
- o.A.: Langwieriges Verfahren. Predigt auf Deutsch wäre gut, in: Münchener Merkur vom 7.6.2005. Online in Internet: URL: http://www.monacomedia.de/muenchenwiki/index.php/Moschee_in_Sendling [Stand 28. März 2008].
- o.A.: Wieviel Rücksicht müssen wir nehmen?, in: Der Stern vom 9. Februar 2006, S. 42.
- o.A.: Arrogantes Verhalten, in: Donau Kurier vom 15. November 2006. Online in Internet: URL: <http://www.donaukurier.de/nachrichten/aktuellestema/art3112,1539430> [Stand 24. Januar 2009].
- o.A.: Wo Minarette niemanden stören, in: Süddeutsche Zeitung vom 2. November 2007, Online in Internet: URL: <http://www.sueddeutsche.de/politik/732/450454/text/> [Stand 5. September 2009].
- o.A.: Ingolstädter CSU befürwortet EU-Beitritt der Türkei, in: Donau Kurier vom 2. Januar 2008. Online in Internet: URL: <http://www.donaukurier.de/lokales/ingolstadt/wahlspecial-Ingolstaedter-CSU-befuerwortet-EU-Beitritt-der-Tuerkei;art599,1806303> [Stand 8. Januar 2009].
- o.A.: Neonazis ziehen in den Stadtrat ein, in: Süddeutsche Zeitung vom 2. März 2008. Online in Internet: URL: <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/172/434919/text/> [Stand 4. September 2009].
- o.A.: Neue Moschee als Begegnungsstätte für Deutsche und Türken, in: Donau Kurier vom 18. Mai 2008. Online in Internet. Online in Internet: URL: <http://www.donaukurier.de/lokales/ingolstadt/wochenn1212008-Neue-Moschee-als-Begegnungsstaette;art599,1878404> [Stand 23. Juni 2009].
- o.A.: OB Udes praktischer Umgang mit den Bürgern, in: Sendling Aktuell vom 14. Juli 2008. Online in Internet: URL: <http://www.buerger-fuer-muenchen.de/pressekritik.htm> [Stand 16. September 2008].
- o.A.: Wo wir nicht erwünscht sind, bauen wir nicht, in: Süddeutsche Zeitung vom 13. März 2009, S. 38.

- o.A.: Gottesdienst am Sonntag aus der evangelischen St.-Matthäus-Kirche, in: Deutsche Welle World vom 15. März 2009. Online in Internet: URL: <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,3957780,00.html> [Stand 30. Mai 2009].
- o.A.: Der Islam gehört zu Deutschland, in: Focus Online vom 3. Oktober 2010. Online in Internet: URL: http://www.focus.de/politik/deutschland/20-jahre-wende/christian-wulff-der-islam-gehoert-zu-deutschland_aid_558481.html [Stand 15. Januar 2011].

Wissenschaftliche, Politische und Amtliche Dokumente

- Bayerisches Verwaltungsgericht München: Moschee in München Sendling. Klage des Bauherrn abgewiesen. Pressemitteilung vom 13. Februar 2007. Online in Internet: URL: http://www.vgh.bayern.de/VGMuenchen/documents/Pressemitteilung-13-02-2007_000.pdf [Stand 15. Juli 2009].
- Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA), 2008: Identität bewahren. Informationsbroschüre, S. 7.
- CSU München: Weiterer Schritt zur gelingenden Integration. Schul- und Ausbildungsförderung im Haus vom Verband des Islamischen Kulturzentren (VIKZ)“, Pressemitteilung 60/2009. Online in Internet: URL: http://www.csu.de/verband/1120000000/aktuelles/csu_stadtratsfraktion/1246273404000.htm [Stand 3. September 2009].
- Deutscher Bundestag: Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Josef Philip Winkler u.a. und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, Ds. Nr. 16/2085. Online in Internet: URL: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/091/1609142.pdf> [Stand 1. Februar 2009].
- Erzbistum München: Grundrecht Religionsfreiheit. Für Muslime nicht anders als für Christen, Pressemitteilung vom 6. Juni 2005. Online in Internet: URL: <http://www.katholisch.de/16178.html> [Stand 9. August 2009].
- Himmelfahrtskirche München-Sendling: Keine Fremdenfeindlichkeit in Sendling, Aufruf des Kirchenvorstands der Himmelfahrtskirche vom 25. Juni 2008. Online in Internet: URL: <http://www.gotzingerplatz.de/info/Aufruf2008.pdf> [Stand 29. Juni 2008].
- LH München: Antrag des Bezirksausschusses 6 zum Bebauungsplan des Islamischen Kulturzentrums am Gotzinger Platz, BA-Antrag Nr. 02-08/ B00279 vom 2.5.2005. Online in Internet: URL: <http://www.ba18.de/Protokolle/okt08.pdf> [Stand 9. September 2009].
- LH München: Ausländerbeirat für Moschee in München, Rathaus-Umschau vom 16. Juni 2005, S. 5.

- LH München: Stadtrat beschließt Kaufvertrag für Moschee-Grundstück am Gotzinger Platz. Rathaus Presseumschau vom 28. Juli 2005, Nr. 142, S. 5.
- LH München: Grundsatzentscheidung des Stadtrats zum Bau einer Moschee innerhalb des Mittleren Rings, Sitzungsvorlage Nr. 02-08/ V06370, S. 10. Online in Internet: URL: <http://www.ris-muenchen.de/RII/RII/DOK/SITZUNGSVORLAGE/665281.pdf> [Stand 5. Mai 2009].
- LH München, 2008: Muslimisches Leben in München. Informationsbroschüre, S. 3.
- LH München, 2008: Münchener Statistik. 3. Quartalsheft, S. 13.
- NPD Landesverband Bayern: Sendlinger lehnen Moschee ab, Pressemitteilung vom 16. Juli 2007. Online in Internet: URL: http://www.npd-bayern.de/index.php/menue/24/thema/1390/id/1805/akat/6/infotext/Sendlinger_lehnen_Moschee_erneut_ab/Heimat.html [Stand 2. September 2009].
- Regierung von Oberbayern: Sendlinger Moschee in München: Regierung fordert Bericht an. Pressemitteilung Nr. 322 vom 26. Juli 2005. Online in Internet: URL: http://www.regierung.oberbayern.bayern.de/P/P_presse/pm2005/pm0705/pm05322.htm [Stand 2. September 2009].
- Scheuerer, Kurt: Materialsammlung zur Geschichte von Ingolstadt. Die Moschee von DIYANET in Ingolstadt. Online in Internet: URL: <http://www.bingo-ev.de/~ks451/ingolsta/index.htm> [Stand 8. August. 2009].
- Stadt Ingolstadt: Ergebnisse der Kommunalwahlen 2002. Online in Internet: URL: <http://www2.ingolstadt.de/> [Stand 2. August 2009].
- Stadt Ingolstadt: Soziale Stadt Piusviertel. Online in Internet: URL: <http://www.sozialestadt.de/gebiete/db.php?id=47> [Stand 2. August 2009].
- Stadt Ingolstadt: Integration in Ingolstadt. Online in Internet: URL: http://www2.ingolstadt.de/media/custom/465_2640_1.PDF?loadDocument&ObjSvrID=465&ObjID=2640&ObjLa=1&Ext=PDF&La=1&object=med%7C465.2640.1&_ts=1177409413 [Stand 2. August 2009].